

**Gudrun Dietrich**  
Gemeinde Stockelsdorf  
Ahrensböcker Str. 7  
23617 Stockelsdorf  
Tel.: 0451/4901-117  
g.dietrich@stockelsdorf.de

**Marion Gurlit**  
Stadt Bad Oldesloe  
Markt 5  
23843 Bad Oldesloe  
Tel.: 0 45 31/5 04-540  
gleichstellungsbeauftragte@badol-  
desloe.de

**Dagmar Höppner-Reher**  
Kreis Segeberg  
Hamburger Str. 30  
23795 Bad Segeberg  
Tel.: 0 45 51/9 51- 93 52  
dagmar.hoepfner-reher@segeberg.de

**Brigitte Oeltzen**  
Amt Nortorfer Land  
Niedernstraße 6  
24589 Nortorf  
Tel.: 04392/401140  
oeltzen@amt-nortorfer-land.de

**Kirsten Schöttler-Martin**  
Amt Nordsee-Treene  
Schulweg 19  
25866 Mildstedt  
Tel.: 0 48 41/9 92-2 33  
k.schoettler-martin@amt-nordsee-  
treene.de

**Utta Weißing**  
Gemeinde Harrislee  
Süderstr. 101  
24955 Harrislee  
Tel.: 04 61/7 06-1 18  
gleichstellung@gemeinde-harrislee.de

## Pressemitteilung

zur digitalen Vollversammlung der LAG der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten S.-H. am 21. Juni 2022

Kiel | 21.06.2022 / **Auf der heutigen Vollversammlung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten konnten die Sprecherinnen der LAG über 60 interessierte Gäste (kommunale Gleichstellungsbeauftragte sowie Vertreterinnen aus der Flüchtlingspolitik, vom Landesamt, vom Frauenwerk der Nordkirche und vom Landesverband der Frauenberatungsstellen begrüßen. Als Referentinnen waren Jessica Mosbahi (Referentin für Menschenrechte und Politik bei der Frauenrechts- und Hilfsorganisation medica mondiale) zum Thema „Kriegsgewalt und Flucht“ und die neu in den Landtag gewählte Catharina Nies von Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Ankommen in Schleswig-Holstein: Herausforderungen geflüchteter Frauen“ geladen.**

In diesem Jahr sind weltweit erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg mehr als 100 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung<sup>1</sup>.

Frauen und Kinder auf der Flucht sind besonders schutzlos und gefährdet, weil sie in bewaffneten Konflikten einem erhöhten Risiko von geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind, dazu gehören willkürliche Tötungen, Folter, Vergewaltigungen oder sexuelle Misshandlung.

„Sexualisierte Kriegsgewalt gegen Frauen und Mädchen zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte. Sie geschieht jeden Tag und überall auf der Welt. Zu den -in der Regel männlichen- Tätern zählen Soldaten, Paramilitärs, aber auch Polizisten und Zivilisten. Die internationale Gemeinschaft hat in mehreren Resolutionen und Verträgen (wie z. B. Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt - „Istanbul-Konvention“) zugesichert, Frauen vor Gewalt zu schützen und ihre Rechte zu stärken. Doch es fehlt häufig der politische Wille, diese Instrumente konsequent umzusetzen“, stellt Jessica Mosbahi fest.

<sup>1</sup> <https://www.unhcr.org/dach/de/77341-unhcr-ukraine-und-andere-konflikte-lassen-die-zahl-der-vertriebenen-erstmal-auf-uber-100-millionen-steigen.html>  
abgerufen am 16.06.22

„Die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ (UN-Sicherheitsresolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“<sup>2</sup>) muss in die Praxis umgesetzt werden. Geschlechtsspezifische Gewalt muss zudem aufge-  
arbeitet und die Täter sofort zur Rechenschaft gezogen werden, d.h. der Straflosigkeit von sexueller  
und sonstiger Gewalt gegen Frauen und Mädchen muss ein Ende gesetzt werden. Frauen sind aktiv an  
Friedensprozessen zu beteiligen!“ fordert Marion Gurlit, Sprecherin der LAG.

Für das Ankommen von geflüchteten Frauen und ihre Kinder in Schleswig-Holstein fordern die Gleich-  
stellungsbeauftragten, spezifische Unterstützungsbedarfe zu erkennen, Handlungsansätze zu entwi-  
ckeln und konsequent umzusetzen.

„Geflohene Frauen brauchen die gleichen Teilhabezugänge wie männliche Geflüchtete - zu Sprachkur-  
sen, zum Gesundheitssystem und zu einem qualifizierten Berufseinstieg. Mir persönlich ist außerdem  
sehr wichtig, dass wir eine unabhängige und individuelle Asylverfahrensberatung im Land aufbauen,  
die insbesondere Frauen, gleich nach der Ankunft über ihre Rechte im Asylverfahren berät“, so Catha-  
rina Nies.

„Der Staat muss geflüchtete Mädchen und Frauen von Beginn an fördern und alles dafür tun, um ihnen  
eine geschlechtergerechte Teilhabe auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu ermöglichen. Für den Schutz  
und das Empowerment der von Gewalt betroffenen Frauen brauchen wir nach wie vor mehr qualifi-  
ziertes Personal und Wohnraum“ ergänzt Gudrun Dietrich, LAG-Sprecherin.

Am Nachmittag im nichtöffentlichen Teil beraten die Gleichstellungsbeauftragten den Entwurf eines  
Positionspapieres mit dem Titel „Die männliche Macht im Krieg und die Folgen für Frauen“.

„Wir hoffen, dass die Akteur\*innen auf kommunaler und Landesebene unser Positionspapier als aktive  
Unterstützung und Anregung aufgreifen und nutzen. Das vordringliche Ziel muss sein, die besondere  
Situation geflüchteter Frauen systematisch und strukturiert, sensibel und konsequent anzugehen und  
mit konkreten Aktivitäten umzusetzen – gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden, den zahl-  
reichen Trägern, ehrenamtlichen Helfer\*Innen, Frauenfacheinrichtungen und Flüchtlingsinitiativen“,  
erklären Gudrun Dietrich und Marion Gurlit abschließend.

Pressekontakt:

Birgit Pfennig

Geschäftsstelle der LAGs kommunaler Gleichstellungsbeauftragter in Schleswig-Holstein

Walkerdamm 1

24103 Kiel

Tel.: 0431-30034721

geschaefsstelle@gleichstellung-sh.de

---

<sup>2</sup> <https://www.unwomen.de/informieren/frauen-in-fuehrungspositionen/frauen-und-ihre-rolle-in-friedensprozessen/die-reso-lution-1325-mit-der-agenda-frauen-frieden-und-sicherheit.html>